

Ressort: Finanzen

Unionsfraktionsvize: Auf absehbare Zeit kein DAX-Unternehmen im Osten

Berlin, 15.03.2018, 17:08 Uhr

GDN - Der wirtschaftliche Aufholprozess Ostdeutschlands wird nach Einschätzung des Vizechefs der Unions-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz (CDU), noch lange dauern. "Noch immer und wohl auf absehbare Zeit ist der Prozentsatz von DAX-Unternehmen im Osten gleich Null", sagte Vaatz dem "Handelsblatt" (Freitagsausgabe).

Zwar habe man sich vor 27 Jahren als Ostdeutschland in einem "eigentlich hoffnungslosen Zustand" gewesen sei, unter "enormen Anstrengungen und mit vielen Rückschlägen und einer in der Welt wohl beispiellosen Solidarleistung der westdeutschen Bevölkerung" auf den Weg gemacht, nach und nach zum Westen aufzuschließen. Dieses Ziel sei jedoch noch lange nicht erreicht. Vaatz, der auch der Sprecher der ostdeutschen Unions-Abgeordneten ist, verteidigte zugleich das bislang Erreichte gegen Kritik. "Ewiges Ächzen, Jammern und Stöhnen beim Anblick des angesichts unserer Ausgangsposition erwartbaren Abstands zum Westniveau nützt uns gar nichts." Der CDU-Politiker lobte die Ansiedlung von bundesseitig geförderten Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern als eine Erfolgsgeschichte. "So haben sich in verschiedenen Regionen Ostdeutschlands Forschungs- und Innovationsstandorte etabliert, die sich sehen lassen können", sagte der CDU-Politiker. Als Beispiel nannte er die Region Dresden. "Fast im Monatstakt erlangen Forschungsergebnisse aus Dresden weltweite Beachtung." Das sei auch das Ergebnis einer erfolgreichen Regionalförderung des Bundes im Forschungsbereich. Der SPD-Innenexperte Burkhard Lischka riet zu einer "differenzierten Betrachtung". Allein mit der Forderung, mehr Bundeseinrichtungen im Osten anzusiedeln, sei es nicht getan, sagte Lischka dem "Handelsblatt". Der Osten brauche auch mehr Industrieunternehmen, die mit Forschungseinrichtungen kooperierten und im Idealfall sogar als Drittmittelgeber auftreten könnten. "Es müssen Netzwerke aus universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Einrichtungen des Bundes und der Industrie gewoben werden." Das sei im Osten aber "leider deutlich schwieriger als im Westen". Gleichwohl hätten sich nach 1990 etliche Bundesforschungseinrichtungen, aber auch Max-Planck-, Fraunhofer, Helmholtz- und Leibniz-Institute im Osten angesiedelt. "Dies geschah entweder aus historischen Gründen, weil es bereits einen Wissenschaftsstandort gab, oder weil eine Verzahnung mit Industrieunternehmen gegeben ist", erläuterte Bundestagsabgeordnete, der auch Vorsitzender der SPD in Sachsen-Anhalt ist. Hier liege aber auch der Grund, warum Ostdeutschland bei der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen gegenüber vielen alten Bundesländern nach wie vor im Nachteil sei. "Mit dem Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie nach 1990 fehlte es oftmals an Partnern in der Praxis, die eine anwenderbezogene Forschung nun einmal braucht", so Lischka.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-103381/unionsfraktionsvize-auf-absehbare-zeit-kein-dax-unternehmen-im-osten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com